

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/202  
19. Oktober 1972

Dank an einen Bischof

-----  
Zum 70. Geburtstag von D. Kurt Scharf

Von Dr. Erhard Eppler  
Bundesminister und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 1 / 42 Zeilen

Rainer Barzels beschlagene Brille

-----  
CDU-"Planungsstab"-Zahlen und die nüchternen  
Fakten

Seite 2 bis 4 / 79 Zeilen

Willy Brandt und die Arbeitnehmer

-----  
Zur Agitation gegen die Betriebsbesuche des  
Bundeskanzlers

Seite 5 / 38 Zeilen

Verständigungsarbeit gegen Grenzschieße

-----  
Ein notwendiges Wort zu einem Wahlkampf-  
auswuchs

Seite 6 / 42 Zeilen

Kriminalität ist kein Wahlkampfthema

-----  
Kritik an Verbrechensbekämpfung fällt auf  
CDU zurück

Seite 7 bis 9 / 107 Zeilen

Dank an einen Bischof

Zum 70. Geburtstag von D. Kurt Scharf

Von Dr. Erhard Eppler

Bundesminister und Mitglied des SPD-Vorstandes

Bischof D. Kurt Scharf, der am 21. Oktober 1972 seinen siebenzigsten Geburtstag feiert, gehört zu denjenigen, die in der Zeit des Dritten Reiches und in der Phase des Kalten Krieges vom Ausland gerne und mit Recht dem "anderen Deutschland" zugeordnet wurden. Er stand immer quer zu allen Fronten und Ideologien, die angeblich um der Menschheit willen sich an einzelnen Menschen vergreifen zu können glaubten.

Bereits 1933 gehörte er zur Führung der kirchlichen Bruderschaft der Bekennenden Kirche. Er wurde wiederholt inhaftiert. 1945 wurde er Probst in der Kirchenprovinz Berlin-Brandenburg, er erhielt in verschiedenen Gebieten der DDR Rede- und Schreibverbot. Er mußte auch im Westen Deutschlands Beschimpfungen, Beleidigungen und Verdächtigungen über sich ergehen lassen, weil er sich mit der vermeintlich ausgeweglosen Konfrontation zwischen Ost und West nicht abfinden konnte, und weil er es ablehnte, die Fragen der unruhigen Jugend nur mit Ordnungsrufen zu beantworten. Er hat unter falschen und verhärteten Fronten gelitten, aber er hat selbst, wo es nötig war, Stellung bezogen.

Bischof Scharf war Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Unter seinem Vorsitz hat die EKD 1965 die Ostdenkschrift beschlossen. Später gehörte Bischof Scharf dann auch zu den 25 prominenten Theologen und Laien, die den Aufruf zur Ratifizierung der Ostverträge unterzeichnet haben.

Eine Zeit, in der politische Äußerungen der Kirchen unumstritten sind, wird es niemals geben. Wann und wie sie angebracht sind, können letztlich nur Menschen entscheiden, denen es nicht um politische Taktik, sondern um das Zeugnis für ihren Glauben geht. Bischof Scharfs politischer Takt, sein von Rechthaberei völlig freies Engagement und seine Offenheit für die Lebensfragen der Jugend zeigen, daß solche politische Diakonie möglich ist.

Bischof Scharf hat bisher das schwierigste Bischofsamt in der Bundesrepublik verwaltet. Es spricht einiges dafür, daß in naher Zukunft auf die Christen in Berlin neue, große und konstruktivere Aufgaben zukommen. Bischof Scharf hielt die Welt für veränderbar, und weil er nicht resignierte, war sie auch veränderbar. Aber am meisten hat er verändert durch seine Aufrichtigkeit, seine menschliche Wärme, sein Mitdenken und Mitleiden für andere.

Die es erfahren haben, wollen ihm an seinem 70. Geburtstag dafür danken. (-/ex/19.10.1972/hgy)

Rainer Barzels beschlagene Brille

CDU-"Planungsstab"-Zahlen und die nüchternen Fakten

Versandhausbestellungen nach Katalog sind nicht ganz unproblematisch. Oft fällt die Lieferung anders aus als man sich das vorgestellt hat. Der "Planungsstab" der "Unions"-Fraktion ist ein Versandhaus. Dort gibt es alles, was man haben will. Aber mit eben jenem Risiko, allenfalls dadurch unterschieden, daß viele echte Warenhäuser die Ware bei Nichtgefallen zurücknehmen. Die von Dr. Rainer Barzel bei seinem Planungsstab bestellte Dokumentation ist auf dem Markt. Sie kann nicht mehr unter dem Ladentisch verschwinden.

Am gleichen Tag, als der Oppositionsführer in seiner Blitzkonferenz für die 20 Jahre CDU/CSU-Regierung eine durchschnittliche Steigerung der Lebenshaltungskosten von 2,2 vH., lobte, verkündete Prof. Dr. Ludwig Erhard, seine Partei habe nur eine jahresdurchschnittliche Steigerung der Lebenshaltungskosten von 1,9 vH. zugelassen. Es ist also sehr die Frage, wer von beiden denn nun die richtigen Zahlen verkündet.

Barzels Planstäbler vergessen auch geflissentlich zu erwähnen, daß sich dank "Unions"-bestimmter Wirtschafts- und Konjunkturpolitik die Arbeitslosenquote in 1967 fast verdreifacht und die Zahl der Kurzarbeiter sich binnen Jahresfrist von 6.000 auf über 44.000 erhöht hatte. In der Zwischenzeit ist nicht nur die Arbeitslosenquote nahezu wieder halbiert und die Kurzarbeit praktisch beseitigt, sondern überdies noch die Zahl der offenen Stellen gegenüber Erhards und der CDU-alleinherrschaftlichem Bilanzjahr 1967 auf gut 600.000 stabilisiert worden.

Mit Ludwig Erhard, den Barzel heute bis zur Unmäßigkeit lobhudeln läßt, ist also die Arbeitsplatzbeschaffung proble-

matisch. Und Barzels Zulieferer haben offenbar übersehen, daß, seit die Sozialdemokraten in Bonn ein entscheidendes Wort mitreden, a/ die Zahl der Arbeitslosen um 200.000 vermindert wurde, b/ die Zahl der angebotenen Arbeitsplätze um annähernd 300.000 erhöht wurde und c/ soviel neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, daß die Zahl der Gastarbeiter von 991.000 (1967) um fast 1,4 Millionen auf 2,35 Millionen (Herbst 1972) erhöht werden mußte.

Sozial- und Freidemokraten übernahmen im Herbst 1969 eine Volkswirtschaft, der 24,1 vH. vom Bruttosozialprodukt "weggesteuert" wurden. Die Wirtschafts-, Konjunktur- und Wechselkurspolitik des Kabinetts Brandt/Scheel kann ungeachtet der notwendig gewordenen Steuererhöhungen so schlecht nicht gewesen sein, wie das Barzels Planungstab glauben machen möchte: Die Steuerlastquote konnte - trotz Steuererhöhungen - um fast eins vH. auf 23,14 vH. gesenkt werden.

Unbestritten ist natürlich das hohe Maß an Preissteigerungen. Unbestritten ist auch, daß sinkende Importpreise hier regulierend wirken. Nur muß dann auch gesagt werden warum. Zwei von den Sozialdemokraten gegen die "Union" durchgesetzte DM-Aufwertungen haben die Deutsche Mark auch im internationalen Vergleich so attraktiv gemacht, daß sich ausländische Produzenten im harten preissenkenden Wettbewerb darum drängen, den deutschen Markt zu beliefern und solide Deutsche Mark zu verdienen.

Der Preisvergleich der Barzel-Planstäbler mit den USA und Kanada ist wenig stichhaltig. Kanada praktiziert seit nun zwei Jahren mit Erfolg, was Barzel und die deutsche Industrie heftig attackiert haben: einen freien Wechselkurs. In den USA ist, wie Fachleute wissen, der Preisindex manipuliert. Überdies hat Washington mit dirigistischen Mitteln das Marktgeschehen beeinflusst, wo eine um fast das dreifache höhere Arbeitslosenquote das verfügba-

re Einkommen der privaten Haushalte derart dämpft, daß selbst neben dem Preisstop wegen mangelnder Nachfragemöglichkeit längst nicht alle Preiserhöhungen am Markt durchgesetzt werden können. In der Bundesrepublik dagegen verlief die reale Einkommensentwicklung so, daß die privaten Verbrauchsausgaben von knapp 278 Milliarden DM im letzten CDU/Erhard-Jahr 1966 auf 370 Milliarden DM im ersten Brandt/Scheel-Jahr 1970 über rund 415 Milliarden DM im letzten auf voraussichtlich 440 Milliarden DM in diesem Jahr steigen konnten.

Aber der private Konsum geriet nicht zulasten der Ersparnis der Privathaushalte zu einer wichtigen Konjunkturstütze. Vielmehr erhöhte sich der Geldvermögensbestand seit 1970 von 349 auf 457 Milliarden DM: Das ist ein Zuwachs von 108 Milliarden DM in drei Jahren. Selbst wenn man davon den von der Sparschutzgemeinschaft behaupteten Inflationsverlust von 57 Milliarden DM abzieht, bleibt ein realer Geldvermögenszuwachs von 17 Milliarden DM je Jahr. Das aber ist kein Pfennig weniger als nach Abzug der Goldentwertung in jedem der 26 CDU/CSU-regierten Jahre übriggeblieben war.

Theodor Treemes  
(-/ex/19.10.1972/bgy)

+ + +

### Willy Brandt und die Arbeitnehmer

---

#### Zur Agitation gegen die Betriebsbesuche des Bundeskanzlers

Dem Präsidenten der Bundesverbände deutscher Arbeitgeberverbände, Dr. Otto A. Friedrich, mißfällt es, wenn Bundeskanzler Willy Brandt vor den Belegschaften von Großbetrieben die Politik der von ihm geführten Regierung der sozialliberalen Koalition erläutert. Der Bundeskanzler kann hierbei eine stolze Erfolgsbilanz aufweisen, und er findet Zustimmung und Beifall. Die Masse der Arbeitnehmer weiß, daß der Mann, der da zu ihnen spricht, ein guter Sachwalter ihrer Interessen ist und deshalb ihr Vertrauen verdient.

Nun hat Herr Friedrich in einem Brief den Parteivorsitzenden Willy Brandt erneut darum gebeten, die Betriebe nicht als Stätte des Wahlkampfes zu benutzen. Eine Durchsicht dieser Reden in Bochum und Kassel hätte ergeben, daß die von Brandt angeschnittenen Fragen zu einem großen Teil solche seien, die sich in der "harten parteipolitischen Auseinandersetzung befinden". Friedrich weiter: "Erfolgsbilanzen Ihrer Regierung, wie Sie sie vorgebracht haben, und Prognosen, was nach Ihrer Ansicht in Zukunft geschehen muß, müssen aber ebenfalls als parteipolitische Äußerung verstanden werden".

Ja, müssen wir fragen, worüber soll denn sonst der Bundeskanzler vor Arbeitnehmern sprechen als über die Notwendigkeit einer Politik, die für unser Volk schon viel Gutes bewirkte, den inneren und äußeren Frieden stärkte?

Im Übrigen: Der Präsident der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände spricht nicht für alle deutsche Unternehmer, sondern eher für den Teil, der sich der CDU/CSU zugehörig fühlt und sie mit Riesenspenden unterstützt. Andere denken hier anders und handeln anders. Es waren z.B. gerade Großunternehmer, die im Einvernehmen mit dem Betriebsrat sich um den Bundeskanzler als Gast bemühten und froh waren, aus allererster Quelle zu erfahren, wie die Dinge stehen und worum es heute geht. Solche Einladungen gab es früher und wird es auch in Zukunft geben.

Der künstlich entfachte Wirbel um die Betriebsbesuche des Bundeskanzlers wirft ein bezeichnendes Licht auf jene Leute, die ihn auslösten. Sie haben, wenn man so will, eine eindeutige und engbegrenzte klassenpolitische Position bezogen, die heute mehr oder weniger gegen die Interessen der Arbeitnehmer gerichtet ist, mit denen sich Bundeskanzler Willy Brandt verbunden fühlt.

(ae/ce/19.10.1972/ks)

+ + -

Verständigungsarbeit gegen Grenzschiisse

Ein notwendiges Wort zu einem Wahlkampfauwuchs

Das Entsetzen über die "automatischen Tötungsmaschinen", die von den DDR-Behörden entlang der Grenze zur Bundesrepublik angebracht werden, ist weltweit und allgemein. Die Begründung für diese furchtbare Maßnahme, daß nämlich die Sperrzone von jetzt fünf Kilometern auf nur 500 Meter verengt werde, kann nicht überzeugen. Man kann dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, also nur voll zustimmen, wenn er diese Perfektionierung und Automatisierung des ständig lauernden Todes für Menschen, die nichts anderes als eine Grenzlinie überschreiten wollen, öffentlich beklagte und bedauerte.

Frankes Ankündigung, daß sich die Bundesregierung in direkten Kontakten mit der Regierung der DDR bemühen werde, daß diese "schrecklichen Regelungen" im Laufe der Zeit wieder abgebaut würden, ist vollinhaltlich zu begrüßen und zu unterstützen. Die intensiven Anstrengungen der sozialliberalen Bundesregierung zur Herbeiführung von möglichst vielen Erleichterungen für die Menschen der beiden Staaten auf deutschem Boden haben in der kurzen Zeit, in denen diese Anstrengungen mit voller Kraft vorgetragen worden, schon erhebliche Erfolge erzielt. Der Begriff "menschliche Erleichterungen" ist also keine bloße Parole und keine vage Hoffnung mehr, sondern in vielen Bereichen erfreuliche Realität geworden. Daran haben beide Regierungen gearbeitet, und beide Regierungen haben auch ihren Anteil. Das stärkt die Hoffnung, daß bei weiterem positiven Verlauf dieser Anstrengungen und Bemühungen auch Egon Frankes Hoffnung Wirklichkeit wird: nämlich der Abbau nicht nur der "automatischen Tötungsmaschinen", sondern vielleicht eines Tages auch aller anderer Sperrmaßnahmen.

Das alles ist aber kein Wahlkampfthema. Wer immer sich in der Bundesrepublik unterfängt, diese "automatischen Tötungsmaschinen" als Wahlkampfschlager gegen eine angeblich unzureichende oder gar im Kern mißlungene Deutschlandpolitik der sozialliberalen Regierung ins Feld zu führen, der versündigt sich an allen Menschen in den beiden deutschen Staaten. Nicht barbarisches Wahlgeschrei hilft uns da weiter: Nur die überaus mühevollen, Schritt für Schritt vorwärtstastende Verständigungsarbeit kann es erreichen, daß entlang der DDR-BRD-Grenze keine Schüsse mehr auf Menschen abgefeuert werden.

(cc/cc/19.10.1972/dgy)

+ + +

### Kriminalität ist kein Wahlkampfthema

#### Kritik an Verbrechensbekämpfung fällt auf CDU zurück

Gerade in einem freiheitlichen Rechtsstaat erwartet der Bürger zu Recht Schutz vor jeder Art von Verbrechen. In der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 heißt es daher: "Um die Sicherheit in unserem Lande zu gewährleisten, wird die Bundesregierung die Modernisierung und Intensivierung der Verbrechensbekämpfung energisch vorantreiben."

Es bedurfte mithin nicht erst der jüngsten Ereignisse, um die Bundesregierung zu Maßnahmen zu veranlassen: Sie hat sofort gehandelt, und sie hat für die innere Sicherheit mehr getan als jede Regierung zuvor. Das läßt sich bereits aus den Ausgaben ablesen. Von 1969 bis 1973 werden die Ausgaben für die innere Sicherheit um 400 Millionen DM gesteigert; demgegenüber betrug die Steigerungsquote von 1965 bis 1969 nur 22 Millionen DM. Leider zeigen sich die Auswirkungen politischer Entscheidungen in diesem Bereich nicht von heute auf morgen.

Wenn die sozialliberale Regierung der Verbrechensbekämpfung bereits im Jahre 1969 Priorität einräumte, so deshalb, weil sie aus der vorgefundenen Situation die notwendigen Konsequenzen ziehen mußte. Wie sah es nämlich aus? Ausnahmsweise lohnt es sich einmal, hier den Pressedienst der CDU/CSU-Fraktion vom 12. September 1969 zu zitieren. Dort heißt es: "Etwa 70 vH. unserer Bevölkerung haben Sorge wegen der steigenden Kriminalität. Wenn auch bei wachsender Zahl der Straftaten von Jahr zu Jahr die Aufklärungsquote absolut zunimmt, ist es doch bisher nicht gelungen, mit der steigenden Kriminalität in der Aufklärung Schritt zu halten, geschweige denn die Aufklärungsquote zu steigern. Von 2.158.510 Straftaten im Jahre 1968 wurden 1.118.493 aufgeklärt, das sind 51,8 vH. Damit ist der bisher niedrigste Stand erreicht, der völlig unbefriedigend ist."

In der 206. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Dezember 1968 hatte der CDU-Abgeordnete Picard ausgeführt: "Bei dem



jährlichen Erscheinen der Kriminalstatistik wiederholt sich in der Regel dieselbe Diskussion, die immer mit der Feststellung endet, daß wir wiederum ein Ansteigen der Kriminalität zu verzeichnen hätten. Es war von 1966 auf 1967 ein Anstieg von rund acht vH. bei einer gleichzeitigen Abnahme der Aufklärungsquote von 53 auf 52,2 vH. Dieser Trend hält seit Jahren an, mindestens seit 1963. Gleichzeitig stellen wir eine Umschichtung der Täter fest. Wir haben eine Abnahme bei den Erwachsenen, eine geringe Zunahme bei den Heranwachsenden, eine stärkere Zunahme bei den Jugendlichen und - das ist vielleicht doch etwas erschreckend - den Kindern."

Im Jahre 1969, nachdem also die CDU/CSU jahrzehntelang die Regierungsverantwortung getragen hatte, sah sie keine Veranlassung, die Regierung für die Kriminalitätsentwicklung haftbar zu machen, denn sie hätte sich ja selbst zur Rechenschaft ziehen müssen. Heute, drei Jahre später, malt sie die Katastrophe an die Wand und blüht sich als Retter an. 1968 mißbilligte der CDU-Abgeordnete Picard den Versuch der NPD, die Besorgnis der Bevölkerung als Stimmengang zu mißbrauchen. Heute verfährt die CDU/CSU nach demselben Rezept. Sie sollte aus dem Scheitern der NPD lernen.

Die Wahlrasche der CDU/CSU ist bereits 1971 gestrichelt worden, als sie merkte, daß ihre Argumente in der Ost- und Wirtschaftspolitik von der Bevölkerung nicht akzeptiert worden waren. Der "Adenauerpreis"-Träger Walfried Martini hatte dabei in Regensburgs "Tagesanzeiger" empfohlen: "Die Union soll sich auch nicht auf die Ost- und Wirtschaftspolitik festlegen. Vielmehr müßten eine SPD des 'radikalen Sozialismus' und die steigende Kriminalität Hauptthemen dieses Wahlkampfes sein."

Die CDU/CSU heuchelt, wenn sie die Besorgnis der Bevölkerung anspricht, denn sie schützt diese Besorgnis ausschließlich aus wahltaktischen Gründen. Ein hilfsbereiter Pressekonzern hat es dabei geschafft, daß das Verbrechen, vor allem jenes an einer dubiosen Randzone zur Politik, zum Thema Nr. 1 in der Bundesrepublik geworden ist.

Trotz monatelanger Panikmache der Opposition ist es ihr bisher aber immer noch nicht gelungen, die Bevölkerung wirklich zu

verunsichern. In einem Flugblatt, in dem die CDU Schritte zur Wiederherstellung der inneren Sicherheit empfiehlt, mußte sie das selbst zugeben. Dort heißt es: "Was in diesem Prospekt steht, ist in Deutschland weitgehend unbekannt. Wenige wissen von dem Ausmaß der Verbrechen, von den Taten politisch Radikaler. Sie wissen es jetzt." Diese Belehrung des Wählers nach dem Motto "Glaubt der CDU/CSU und ihr seid im Besitz der Wahrheit" ist jedoch zu durchsichtig. Der Wähler wird der CDU/CSU die Quittung erteilen.

Die von der CDU/CSU empfohlenen "16 Schritte zur Wiederherstellung der inneren Sicherheit" sind so allgemein gehalten, daß sie ihre Konzeptionslosigkeit auf dem Gebiet der Verbrechensbekämpfung verbergen sollen. Zu jedem der 16 Punkte hat die gegenwärtige Bundesregierung schon längst konkrete Maßnahmen durchgeführt oder in Angriff genommen. Die CDU/CSU fordert mithin das, was die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsparteien verwirklichen. Dabei spekuliert sie auf die Unkenntnis der Bevölkerung in einer Spezialmaterie.

Das ist nicht das erste Mal, daß Barzel und seine Mannschaft den von der Bundesregierung festgesetzten Tatsachen mit unnötiger Geschäftigkeit hinterherlaufen. Zum Beispiel hatte bereits festgestanden, daß sich eine Konferenz des Kanzlers mit den Ministerpräsidenten der Länder am 28. Januar 1972 mit den Fragen der Verbrechensbekämpfung und des politischen Radikalismus befassen werde. Das hatte Barzel aber nicht davon abgehalten, eine entsprechende Aufforderung an den Bundeskanzler zu richten, um Aktivität vorzutäuschen (vgl. "Bonner-Rundschau" vom 30. Dezember 1972). Mit demselben Bluff durch Millionen-Spenden finanziert, versucht die CDU/CSU jetzt im Bundestagswahlkampf die Leistungen der Bundesregierung und die eigene Konzeptionslosigkeit zu vertuschen.

Die Kriminalitätsentwicklung in der BRD, die der Entwicklung in vergleichbaren anderen Industriegesellschaften entspricht oder noch geringer ist, gibt keinen Anlaß zur Panik. Die großen Anstrengungen der amtierenden Bundesregierung zur Verbrechensbekämpfung, flankiert durch gesellschaftspolitische Maßnahmen, werden ihre Früchte tragen. Aber drei Jahre Regierungszeit waren eben nicht genug, um tiefgreifende Änderungen bewirken zu können. Wir sollten alle zusammenstehen, um die Probleme der Verbrechensbekämpfung zu bewältigen. Auch im Wahlkampf sollten die Parteien aus ihrer Verantwortung für unser Gemeinwesen Fragen der Verbrechensbekämpfung sachlich und nüchtern behandeln. Die SPD ist dazu bereit.

Wolfgang Zeisig  
(-/ex/19.10.1972/bgy/ks)